

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur: E. Seebach, Wollf in Berlin. Druck und Verlags von Rudolf Wollf in Berlin.

Nr. 120

Amerikas Forderungen auf der Finanzkonferenz.

Amerika fordert Rückzahlung seiner Darlehenskosten.

Der Anfang einer „distreten Pression“ Amerikas auf Europa? (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. März.

Das Abkommen der verbundenen Finanzminister ist gestern nicht unterzeichnet worden. Es gibt einen Zwischenfall. Der amerikanische Delegierte Bogden, der bisher lediglich als Beobachter an den Verhandlungen teilgenommen hatte, erklärte plötzlich im Auftrag seiner Regierung, daß die Vereinigten Staaten ein Zurückziehen der Darlehenskosten für die Reparationsanleihe erheben müßten. Diese Darlehenskosten ohne Verzinsung gegen 900 Millionen Goldmark, also mehr als nach den Bestimmungen des Ganmes unter den anderen Verbänden zur Verteilung gelangen sollte. Die Berechtigung dieser Forderung ist nicht zu bezweifeln. Wenn Amerika sie bisher nicht geltend gemacht hat, so ließ sich aus diesen Schmeißen nicht auf einen Verzicht schließen, da die amerikanischen Truppen tatsächlich am Rhein ihren Posten nicht verlassen haben. Es ist deshalb auch ganz gleichgültig, ob die jetzige Initiative durch innerschulische Gründe zu erklären ist oder ob sie den Anfang der „distreten Pression“ bedeutet, die nach amerikanischen Kommentaren Amerika auf Europa ausüben will. Zunächst müßten die Verbänden einmal Erwägung zu der Forderung nehmen. In das Finanzabkommen, das unterzeichnet werden soll, wird also ein Artikel aufgenommen werden müssen, der Amerikas Rechte wahrt. Sind die Vereinigten Staaten mit dieser Forderung zurückhaltend, dann ergötzen sich im Augenblick keine weiteren Schwierigkeiten. Darlehenskosten über bares Geld, dann haben die Belgier und die Franzosen für lange Zeit nichts zu erwarten. Die anderen Fragen scheinen ungefähre in der gestern angebotenen Art erledigt worden zu sein. Die Bemerkungen von Ganmes werden in einigen geringen Anforderungen von den Ministern erörtern können werden. Die jetzige französische Regierung ist bemüht, diesen Forderungen ihre eigenen Wünsche entgegen, auf das Konto der Regierung Verzicht zu leisten. Sie hat in Ganmes letzter Verzichtnahme, als der Souverän von der Kommerz gab. Von der Seite der „Rechts“ gefordert wurde, ob es nach seiner Meinung möglich wäre, für Frankreich mehr zu verlangen, hat erklärt, daß diese Möglichkeit nicht vorhanden wäre. Er hat darauf hingewiesen, daß er in London und Ganmes nicht wesentliche Vorteile gegen das Abkommen von Genes durchsetzen kann. Es sei vorzuziehen gewesen, daß England, Belgien und Italien sich auf weitere Zugeständnisse nicht einlassen dürfen. Der verschiedene Standpunkt der verbundenen Regierungen in der Frage der Wiedergutmachung läßt sich nach französischer Aufstellung folgendermaßen darstellen: Deutschland hat vier Gläubiger, deren Forderungen ungeachtet sind, Frankreich hat den größten Teil der künftigen Zahlungen zu erwarten. Es hat also das größte Interesse an der Erhöhung der Zukunft. Belgien besitzt ein Vorkauf auf Prioritäten von zwei Milliarden Goldmark. Hat es diese Zahlungen erhalten, dann steht ihm nur noch ein kleiner Teil der Wiedergutmachungssumme zu. Deshalb kommt es Belgien besonders auf die Gegenwart an; es will jetzt so viel wie möglich herausbekommen. England und Italien rechnen nicht unbedingt auf die künftige Zahlung, um ihre Finanzen zu heben. Sie wollen die Wiedergutmachungssumme möglichst rasch erledigen, um in Europa das wirtschaftliche Gleichgewicht und den freien Handelsverkehr wieder herzustellen. Beide Länder wünschen, daß der Zustand vor dem Kriege wieder eintritt, von dem sie für sich die größten Vorteile erwarten. Diese Auffassung läßt sich nicht so leicht vereinbaren; es ist zu verstehen, daß Belgien, England und Italien immer für die Zahlung sein werden, die am schnellsten zu ihren eigenen Zielen führt.

Der wichtigste Teil der gestrigen Besprechungen war die Mobilisierung der deutschen Schulden. Der „Recht“ erzählt, daß die Finanzminister über die Garantien gesprochen haben. Die Reparationskommission wird einen Auftrag erhalten, unabhängig von ihren anderen Aufgaben eine detailliertere Plan für eine internationale Anleihe auszubereiten.

Paris, 11. März. (B. Z.)

Nach einer Blättermeldung verlangt die amerikanische Regierung die sofortige Bezahlung eines Teiles der von ihr für die Unterhaltung ihrer Truppen in Europa verlangten Summen, nämlich 240 Millionen Goldmark. Der Rest sollte später bezogen werden.

Man wird der amerikanischen Politik gegenüber dem hilflosen Europa, die man nicht und nicht ersprießlich und logisch ist. Die Annäherung der amerikanischen Milliardenforderung erfolgt in dem Augenblick, in dem die alliierten Finanzminister das deutsche Geld unter sich aufgeteilt haben, als brauchten sie nach den Wünschen Amerikas überhaupt nicht zu fragen. Das ist natürlich eine erneute „sanfte Warnung“ daran, daß Amerika rechtlich und machtpolitisch in der Lage ist, ganz nach seinem Belieben die Verbänden die Geldzahlung ihrer großen Finanz- und Wirtschaftsprobleme zu erleichtern oder zu erschweren. Also die Verstärkung der „distreten Pression“, die den am Beratungskreis in Genes eigenen Begriffs machen soll, daß es ohne Amerika einfach nicht geht. Auf die angemessene Summe selber kommt es den Amerikanern gar

nicht an; sie hätten viel davon sehr leicht einsparen können, wenn sie ihre Truppen zurückgezogen hätten. Es handelt sich für sie doch darum, auf die Reparationspolitik der in der Pariser Konferenz vertretenen Regierungen einen Einfluß in Gestalt der von allen amerikanischen Wirtschaftspolitikern vertretenen mächtigen Tendenzen auszuüben. Unter diesem Gesichtspunkte nun ist der gestern von englischen Schuldnern Sir Robert Horne eingeschlagene Vorschlag doppelt interessant. Denn er bedeutet keineswegs, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte, den Versuch, einen Ausweg zu finden, wie man die Sache auch ohne Amerika machen könnte. Er bedeutet vielmehr in Wirklichkeit ein Eingehen auf die amerikanischen Gedankengänge. Die Einleitung aller Amerikanerforderungen der Genes ist ja der vollkommene oder teilweise Schuldenfall seitens der Vereinigten Staaten, zum mindesten aber deren Unterstützung durch die Anteilhaberschaft an der Mobilisierung der deutschen Schulden. Amerika hat wohl keinen Zweifel darüber gelassen, daß an solche Dinge nur bei einer Verabreichung der Gesamtsumme der Reparationen auf einen Betrag gebracht werden könne, der nicht den künftigen Generalgläubigern gegenüber als eine sanfte Forderung erscheinen ließe. In diesem Punkte hat Sir Robert Horne gefordert einleuchtend durch den Verzicht Englands auf seine Forderung an die Amerikaner die Möglichkeit einer Situation schafft, die sowohl den amerikanischen Wünschen, als den Interessen der Alliierten und auch Deutschlands gerecht wird. Der Vorschlag stellt den ersten wirklich praktischen Gedanken dar, der von der Unterseite in der Reparationsfrage aufgegriffen wurde, und es ist durchaus begründend, daß er auch in Frankreich nur bei den unerschütterlichsten Vertretern der Gesamtpolitik auf Widerspruch stößt. Denn diese wittern Vorkauf.

Ein neuer englischer Reparationsplan. — Mobilisierung von 70 Milliarden durch Anleihe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. März.

Das „Recht Journal“ erzählt, daß in der gestrigen Sitzung der Finanzminister der englische Schuldnern Sir Robert Horne einen neuen Plan, für die Liquidation der Forderungen an Deutschland vorgelegt hat. Dieser Plan ist von Sir Robert Horne gemeinsam mit dem italienischen Sachverständigen in London, Giannini, ausgearbeitet worden, und es unterrichtet sich von den anderen Projekten durch, daß er auf die Teilnahme Amerikas nicht rechnet und eine Solidarität der anderen Verbänden gegenüber den amerikanischen Forderungen zu erreichen will. Der volle Betrag der Forderungen an Deutschland soll in zwei Teile geteilt werden. Die eine Hälfte soll als Rente dienen, um eventuell die Schulden an Amerika zu begleichen. Die zweite Hälfte soll die Zahlung an die Verbänden selbst. Diese zweite Hälfte würde dadurch vermieden, daß England auf eine Forderung an die anderen Verbänden zugunsten Deutschlands verzichtet. Dadurch wäre der Betrag der deutschen Schuld wesentlich verringert. Dafür müßte Deutschland sich aber eine enge Finanzkontrolle gefallen lassen und genügende Sicherheiten stellen, denn die Verbänden würden auch für die deutsche Schuld an Amerika haften müssen, wenigstens bis zu dem Tage, an dem Amerika selbst in das Konjunkturmärkte wieder eintreten sollte. Das Projekt sound wird durch Vorschläge zur Organisation einer internationalen Anleihe auf der Grundlage der deutschen Verpflichtungsscheine ergänzt. Dies wäre also die Rückkehr auf den Weg von Genes, wie gestern von Philippe Millet im „Paris Midi“ empfohlen wurde. Zu dem Projekt Horne teilte der „Recht“ weitere Einzelheiten mit, die von anderen Angaben abweichen. Die deutsche Kriegsschuld auf rund 100 Milliarden Goldmark abschätzen und in zwei Teile, von 60 Milliarden und 70 Milliarden, zerlegen. Der erste Teil soll nur dann von Deutschland verlangt werden, wenn Amerika die Regelung der Kriegsschulden durch die Alliierten fordert; der zweite Teil von 70 Milliarden soll durch eine Anleihe mobilisiert werden. Das ganze Projekt ist wesentlich davon abhängig, daß Amerika sich mit ihm einverstanden erklärt. Der „Recht“ und das „Paris Journal“ sind erfreut über diesen Vorschlag, praktische Arbeit zu leisten, und sprechen die Hoffnung aus, daß wenn auf diese Weise zum Ziele gelangen wird. Andere Zeitungen, besonders das „Echo de Paris“, halten das Projekt für eine Illusion. „Echo de Paris“ ist der Meinung, daß alles letztes Gerüchte sei, wenn nicht eine Frage klar entschieden werde: „Sind die anderen Verbänden dazu bereit, Gewalt anzuwenden, um auf dem Wege zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu gelangen? Ein Wort von Sir Robert Horne hat gestern gezeigt, daß über diesen Punkt eine große Meinungsverschiedenheit besteht. Ohne eine deutliche Antwort auf diese Frage ist alles weitere Debattieren überflüssig.“

Wie ungeteilt wird, hat das Foreign Office in London dem Auswärtigen Amt in Paris gestern ein Memorandum ausgehen lassen, in dem die Anschauungen der politischen Kreise in England über die Konferenz in Genes ausdramatisiert werden. Dieses Dokument bedeutet eine Kritik auf das Memorandum von Genes. Das „Recht Journal“, das diese Meldung bringt, fügt hinzu: „Es wird interessant sein, zu erfahren, ob dieses Schriftstück neue Dispositionen enthält, die sich auf die mündliche Verhandlung in Boulogne beziehen.“ (Siehe auch Seite 3.)

Die gleitende Lohnskala.

Grundlohn - Teuerungszuschlag - Achtstundentag

von Erich Dombrowski.

Der Kreislauf der Preisentwicklung vollendet sich in immer kürzeren Zeitabschnitten. Dauerte noch vor anderthalb Jahren der Anstieg der Preise in sämtlichen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, wenn von irgendwoher ein neuer Anstoß nach oben gekommen war, immerhin sechs Monate, so hat diese Preisentwicklung nachgerade beängstigende Formen angenommen. Jetzt schließt sich ein solcher Kreislauf bereits innerhalb weniger Wochen. Dadurch ist in das deutsche Wirtschaftsleben eine stete Unruhe und Unsicherheit gekommen. Jede rationale Kalkulation ist ausgeschlossen. Ganz gleich, ob es sich dabei um den Industriellen, der Rohstoffe aus dem Auslande beziehen muß, oder um den Arbeitnehmer und den Beamten handelt, die wirtschaftlich bloß für den morgigen Tag sorgen müssen. Keiner weiß, ob das Vermögen, das Betriebskapital oder das Einkommen, über das er zum Ende verfügt, nicht schon wenige Tage später durch eine weitere Entwertung der Mark zur Hälfte verloren gegangen ist, ohne daß irgend ein Verlust seinerseits vorliegt. Der Industrielle und der Kaufmann sind durch diese zwangsläufige Entwertung ganz von selbst auf die Spekulation getrieben, einer Spekulation, die sich in lautenberei Spielarten zeigt. Anders der Arbeitnehmer und der Beamte. Beide sehen sich diesen wirtschaftlichen Strudel gewissermaßen ohne Wider im Boot gegenüber, immer in der Gefahr, von den schäumenden Wellen im nächsten Augenblick verschlungen zu werden. Sie konnten immer nur mit neuen Lohn- und Gehaltsforderungen an ihre Arbeitgeber herantreten. Dann gab es ein Ringen um jede Mark, Streiks und wieder Streiks waren die Folge, die Unzufriedenheit und Unruhe wurde maßlos, ohne Ende, wenn gleich beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von ihrem Standpunkte aus nicht im Unrecht waren, wenn sie sich dagegen wehrten, von dem Preis- und Lohnwurm erdrückt zu werden. Man hat sich den Kopf darüber zerbrochen, wie man sich dem Preis- und Gehaltschaos der Preisstürze anpaßen kann. Zahlreiche Vorschläge sind gemacht worden. Auch an praktischen Versuchen hat es nicht gefehlt. Aber der Schlüssel für dieses Problem ist noch nicht gefunden worden. Wahrscheinlich wird er auch nie entdeckt werden, weil die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Nation, die lediglich Millionen Menschen in Industrie, Handel und Landwirtschaft durcheinandergerichtet beschäftigt, viel zu kompliziert sind, um sie alle auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Die Nationalökonomie ist, obwohl auch sie vornehmlich sich auf Zahlen stützt, doch etwas ganz anderes als die Mathematik. In der Volkswirtschaft ist die Zahl etwas Individuelles, in der Mathematik ein harter, eindeutiger Begriff.

Das allgemeine Interesse hat sich der gleitenden Lohn- und Gehaltskala zugewandt, die längst aus einer reinen Theorie zur praktischen Wirklichkeit geworden ist. In England, Schweden und Holland hat man sie für die verschiedensten Berufswege eingeführt. Aber was will das für Deutschland bedeuten? Die drei Länder sind volkswirtschaftliche Wirtschaftskörper mit einer aktiven Zahlungsbilanz. Die Preisveränderungen, die hier auftreten, sind also verhältnismäßig nur gering. Ganz anders in Deutschland, wo oft gleichsam über Nacht alles über den Haufen geworfen wird. Trotzdem hat man auch in der Stadt Flensburg schon letztes Jahres ein Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen, das den Gehältern der gleitenden Löhne Kraft durchführt. Aber dieser lokale, eng begrenzte Versuch gibt noch kein Beispiel für das große Ganze ab. Die Meinungsverschiedenheiten über das System sind auch noch keineswegs überbrückt. Welche Kreise der Unternehmer sowohl wie auch der Arbeiter sprechen sich, beide aus verschiedenen Gründen, dagegen aus. Andere, mit einiger Skepsis, dafür. Die Unternehmer erklären, daß sich die Lohnhöhe nicht lediglich nach den Lebenshaltungskosten richten können, sondern in besonderem Maße die Leistung des einzelnen Arbeiters und die Art seiner Arbeit berücksichtigen müsse, daß schematische Lohnanpassungen ebenso schematisch die gesamte Lebenshaltung weiter verteuern würden, und daß die gleitende Lohnskala auch gar nicht die Konjunkturverhältnisse in Betracht ziehe. Das alles sind zweifellos richtige Einwände, aber sie sind nicht durchschlagend. Genau so berechtigt ist die Forderung der gewerkschaftlichen Organisationen, daß eine automatische Lohnregulierung ihnen den Lebensstandard und den Arbeitern die Waage, über das bloße Existenzminimum hinauszuführen, aus der Hand nehmen. Aber gibt es da nicht einen Mittelweg? Ist nicht eine Möglichkeit vorhanden, um sowohl die individuelle Arbeit entsprechend zu bezahlen, als auch den Arbeitermassen den wirtschaftlichen Aufstieg durch die natürlichen Schranken einer gleitenden Lohnskala nicht zu verbauen?

Wenn man nicht an Symptomen herumfrustieren will, muß man sich über die erste Grundfrage klar werden, daß an all dem Preissteigen letzten Endes die faktische Zahlungsbilanz Deutschlands schuld ist. Solange also die Reparationslasten nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind, solange uns nicht durch eine internationale Anleihe wenigstens eine Atempause gegönnt wird, und solange nicht viel, viel mehr in Deutschland gearbeitet wird als bislang, werden die Verhältnisse nicht besser werden. Und jede Lohnverhöhung wird bereits den Kaufkraft einer neuen in sich tragen, bis ein Tages der Unternehmer diese Lohnlasten nicht mehr tragen kann. Dann erst wird das große Geld über die Arbeitnehmer Deutschlands hereinbrechen. Und nicht bloß über sie, sondern auch über alle anderen Bevölkerungsschichten. Die Reparationen sind in diesem Zusammenhang ein politisches Problem, von dem hier

